



212- 2595.10

LANDESDIREKTION CHEMNITZ
09105 Chemnitz | Altchemnitzer Straße 41 | 09120 Chemnitz

LANDESDIREKTION
CHEMNITZ



gemäß Verteiler

Anlagen: 2 Merkblätter *V.P.*

Überarbeitung von Merkblättern Wasserbaumaßnahmen an Gewässern

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor mehr als zehn Jahren wurde vom damaligen StUFA Chemnitz ein „Merkblatt zur Vermeidung von Fischsterben bei wasserbaulichen Maßnahmen“ erarbeitet und den unteren Wasserbehörden zwecks Weitergabe an die Bauträger zur Verfügung gestellt. Ziel dieses Merkblatts war insbesondere, den zahlreichen Gewässerverunreinigungen im Zuge von Betonagearbeiten, oft verbunden mit Fischsterben, Einhalt zu gebieten.

Später kam ein weiteres Merkblatt mit sonstigen Hinweisen für die Ausführung von Baumaßnahmen an Gewässern hinzu.

In jüngerer Zeit kam es wiederholt auch im Zuge von Beton-Abbrucharbeiten über Gewässern zu Fischsterben. Selbst Jahrzehnte alte Betonbauteile weisen im Inneren noch stark alkalische Eigenschaften auf. Gelangen Betontrümmer in Gewässer, so unterliegen sie der Auslaugung. Die pH-Werte im betroffenen Gewässer können auf fischtoxische Werte ansteigen.

In der Anlage übermitteln wir Ihnen die überarbeiteten Merkblätter zur Beachtung und weiteren Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen

Berger
Referatsleiter

Ihr/-e Ansprechpartner/-in
Steffan Kauk

Durchwahl
Telefon +49 371 532-0000
Telefax +49 371 53227-0000

Steffan.Kauk@
ldc.sachsen.de*

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
42-8900.01

Chemnitz,
25.08.2010



Hausanschrift:
Landesdirektion
Chemnitz
Altchemnitzer Straße 41
09120 Chemnitz

www.ldc.sachsen.de

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse
Dresden
Kto.-Nr. 315 301 1370
BLZ 850 503 00
IBAN
DE82 8505 0300 3153 0113 70
BIC OSDD DE 81

Verkehrsverbindung:
Straßenbahnlinien
5, 6, 522 (Rößlerstraße)
Buslinie
22 (Altchemnitzer Straße)

Für Besucher mit Behinderungen befinden sich gekennzeichnete Parkplätze vor dem Gebäude. Für alle anderen Besucherparkplätze gilt: Bitte beim Pfortendienst klingeln.

*Kein Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte elektronische Dokumente.

M e r k b l a t t

für die Ausführung von Baumaßnahmen an und in Gewässern

1. Die Vorhaben sind antragsgemäß unter Einhaltung der behördlichen Entscheidungen und dazu ergangener Nebenbestimmungen auszuführen. Änderungen und Abweichungen bedürfen der Zustimmung der zuständigen Behörde. Bei grundsätzlichen Änderungen und wesentlichen Abweichungen ist ein neuer Antrag auf wasserrechtliche Gestattung zu stellen.
2. Aufgaben und Pflichten der am Bau Beteiligten für Vorbereitung, Überwachung und Ausführung des Vorhabens ergeben sich nach den §§ 67b, 67c, 67d und 67e SächsWG.
3. Der Beginn der Arbeiten und die Fertigstellung des Vorhabens sind der zuständigen Behörde rechtzeitig anzuzeigen.
4. Die wasserrechtliche Abnahme ist bei der zuständigen Behörde rechtzeitig zu beantragen. Sie ist nicht identisch mit der VOB-Abnahme und setzt die abgeschlossene Ausführung unter Einhaltung der behördlichen Entscheidung und Nebenbestimmungen sowie die Vorlage der geforderten Nachweise und Unterlagen voraus.
5. Die Grundsätze des Gewässerschutzes entsprechend § 5 Abs. 1 Pkt. 1 und § 32 WHG i.V.m. § 3 Abs. 1 und 2 SächsWG sind zu beachten. Das heißt insbesondere, dass
 - eine Verunreinigung des Gewässers durch Abschwemmen oder Einbringen von Feststoffen mit der Folge der Trübung des Wassers und/oder der sonstigen Verschlechterung seiner Beschaffenheit ausgeschlossen ist,
 - Hochwasserschäden und Erosion des Bodens verhütet werden,
 - Bau-, und Abbruchmaterialien und dergleichen nicht im Gewässer und an den Ufern gelagert bzw. dennoch in das Gewässer gelangtes Material umgehend beseitigt wird,
 - nur intakte Baumaschinen und Geräte eingesetzt werden,
 - die Baumaschinen und Geräte nach der Tagesarbeit so abgestellt werden, dass auch bei sich plötzlich verändernder Wasserführung (z.B. bei Starkregenereignis) eine Beeinträchtigung des Gewässers und seiner Uferbereiche ausgeschlossen wird.

Zum Umgang mit Frischbeton, Mörtel und Abbruchmaterialien ist das beigefügte spezielle Merkblatt zu beachten!

6. Vorhandener Baumbestand und die natürliche Uferbestockung sind entsprechend den Vorgaben der DIN 18920 zu schützen. Beabsichtigte Beseitigung von Gehölzen und der Zeitpunkt der Ausführung sind im Antrag auf wasserrechtliche Genehmigung zu benennen.
7. Werden bei der Durchführung der Baumaßnahme wassergefährdende Stoffe (Altablagerungen) angetroffen, sind diese schadlos zu beseitigen. Die zuständige Wasserbehörde ist hiervon unverzüglich zu unterrichten.

bitte Folgeseite beachten

8. Sollten im Zuge der Baumaßnahme Fundstellen von Bodendenkmälern angeschnitten werden, so ist unverzüglich die untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen. Dies gilt auch für Feldkreuze, Grenzsteine mit Inschriften u. Ä.
9. Nach Abschluss der Arbeiten ist die Baustelle zu beräumen und die Geländeoberfläche entsprechend den örtlichen Gegebenheiten wieder herzustellen. Geländeabspülungen sind durch geeignete Maßnahmen (z.B. Rasenansaat) zu vermeiden.
10. Die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen sind einzuhalten.
11. Der Antragsteller haftet im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile Dritter, die nachweislich infolge des Vorhabens entstehen.